

Mansour kritisiert Innenministerium: „Krisen bei Migration & Kriminalität“

Psychologe Ahmad Mansour kritisiert das Innenministerium für unzureichende Analysen zur Kriminalstatistik und fordert Lösungen für Integration.



Deutschland - In einer aktuellen Auseinandersetzung hat der Psychologe Ahmad Mansour das Bundesinnenministerium für seine Haltung zur Kriminalstatistik scharf kritisiert. Er wirft dem Ministerium „Arbeitsverweigerung“ vor, insbesondere im Hinblick auf den Anstieg der tatverdächtigen Asylbewerber bei Gewaltdelikten im Jahr 2024. Das Innenministerium hingegen stuft diesen Anstieg als „durchaus erwartbar“ ein und führt ihn auf verschiedene Faktoren zurück, wie den wachsenden Anteil nicht deutscher Bevölkerung und multiple Risikofaktoren wie Armut und Gewalterfahrungen. Mansour fordert eine umfassendere Analyse und Lösungsansätze zur Verbesserung

der Sicherheit in Deutschland.

Er betont, dass viele der zugrunde liegenden Probleme, die zu Radikalität und Kriminalität führen, in der öffentlichen Debatte oft nicht ausreichend thematisiert werden. Oft kommen die Anfragen zu den Themen Migration und Kriminalität von der AfD, was Mansour als bedenklich empfindet. Stattdessen solle die Diskussion in der Mitte der Gesellschaft stattfinden. Auch über 100.000 Migranten in Deutschland, die kaum Perspektiven haben und isoliert leben, sieht Mansour als wichtigen Punkt, der zur Zunahme von Kriminalität und gesellschaftlicher Desintegration beiträgt.

Kritik an Pauschalisierungen

Viele gut integrierte Syrer fühlen sich durch allgemeine Kriminalitätsvorwürfe in ihrer Ehre angegriffen. Mansour plädiert für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema und warnt vor pauschalen Verurteilungen. In seiner Argumentation hebt er hervor, dass zur Lösung der Probleme zunächst die Ursachen erkannt werden müssen. Schnell abwertende Äußerungen zu diesem Thema sollten nicht als rechtsradikal abgetan werden, sondern als Teil einer notwendigen Debatte.

Die besondere Problematik bei der Kriminalität von Migranten spiegelt sich auch in den Zahlen wider. Studien zeigen, dass ein kleiner Teil der Migranten straffällig wird, diese jedoch im Vergleich zu nicht-migranten überproportional häufig mit Straftaten auffallen. Die unterschiedlichen Kriminalitätsraten hängen auch mit den Lebensumständen und der demografischen Zusammensetzung zusammen. So sind viele der Tatverdächtigen Männer, oft aus jüngeren Altersgruppen.

Integration als Schlüsselfaktor

Besonders auffällig ist, dass Migranten mit Zugang zum Arbeitsmarkt selten straffällig werden. Die Gewaltdelikte unter Geflüchteten stehen häufig im Zusammenhang mit Konflikten in

Gemeinschaftsunterkünften und prekären Lebensumständen. Kanalisiert durch diese Herausforderungen zeigt sich, dass die Integration von Zuwanderern, insbesondere von Kindern, entscheidend ist, um Kriminalität zu verhindern. Ein migrationspolitischer Ausschluss von Integrationsmöglichkeiten könnte sich erheblich negativ auf die Entwicklung von Kriminalität auswirken.

Laut dem Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung gab es zwischen 2012 und 2018 einen Anstieg der in Deutschland lebenden Flüchtlinge von 550.000 auf fast 1,8 Millionen. Diese demographischen Veränderungen erfordern eine differenzierte Betrachtung der Kriminalstatistik und der Lebensrealitäten von Migranten. Die Mehrheit der Flüchtlinge ist nämlich nicht straffällig, wobei die Kriminalität bei anerkannten Flüchtlingen als gering bezeichnet werden kann. In der Vergangenheit wurde jedoch festgestellt, dass nordafrikanische Zuwanderer tendenziell höhere Anteile an Straftaten aufweisen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Diskussion über Migration und Kriminalität eine differenzierte Herangehensweise erfordert, die sowohl soziale als auch strukturelle Faktoren umfasst. Ahmad Mansour hat durch seine kritischen Anmerkungen eine wichtige Debatte angestoßen, die im Interesse der Integration und Sicherheit in Deutschland dringend geführt werden muss. Es bleibt abzuwarten, ob das Innenministerium hierauf angemessen reagiert.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de